

Danziger Volksstimme

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 60000 M. In Pommerellen 25000 M. poln. Anzeigen: Die 3-geheilene Zeile 6000 M., auswärts 8000 M. Die Reklamzeile 20000 M., auswärts 25000 M. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werklätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6. Postfachkonto: Danzig 2945. Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Druckfachen 3200.

Nr. 181 Montag, den 6. August 1923 14. Jahrg.

Die Ruhrberatungen der Alliierten.

Die Regierungen der alliierten Mächte überbieten sich gegenwärtig geradezu in der Veröffentlichung ihrer Dokumente, die während des Gedanken-austausches über die von England versuchte Beilegung der Ruhrkrise ausgearbeitet und ausgetauscht wurden. Ihre aufmerksame Betrachtung beweist, daß Deutschland unter den Alliierten keine Freunde besitzt, die auch nur im geringsten daran denken, Herrn Cuno zuliebe eine Beendigung der Ruhrkrise herbeizuführen. Im Vordergrund der Noten steht die Verteidigung eigener Interessen. Alle sind sich einig darüber, daß, bevor Verhandlungen beginnen, Deutschland zunächst den passiven Widerstand aufgeben soll, d. h. daß die Regierung alle Verordnungen und Anordnungen widerruft, die nach der Auffassung der regierenden Männer in den maßgebenden Ländern zur Stärkung der Abwehr gegen den Einbruch in deutsches Land beigetragen haben. Es ist wichtig, besonders hervorzuheben, daß diese Auffassung auch bei den Engländern und bei der italienischen Regierung steht. Die Meinungsverschiedenheiten liegen darin, daß England und Italien, bevor sie Deutschland die Aufgabe der Abwehr offiziell empfehlen wollen, von Frankreich und Belgien vorerst ein Programm über den Verlauf der dann beginnenden Verhandlungen wünschen, insbesondere klar umrissene Linien für die Räumung verlangen, während Belgien und in noch viel verschwommenerem Maße Frankreich sich bisher lediglich in allgemeinen Redewendungen bereit erklärt haben, als Entgelt für den Verzicht auf unsere Abwehr die Besetzung zunächst „unsichtbar“ zu machen und das Ruhrgebiet später nur nach „Maßgabe der Erfüllung zu räumen“.

Reider lassen die französische Antwort und die Erwiderung der belgischen Regierung auf den Fragebogen des englischen Kabinetts alles vermissen, was die zur Verständigung bereiten deutschen Staatsbürger als Voraussetzung für einen friedlichen Abschluß des unhaltbaren Zustandes an der Ruhr erwarren müssen. Sowohl Frankreich wie Belgien haben im Verlauf der Reparationsverhandlungen, die zum Schaden Europas jahrelang mit allen Raffinementen geführt wurden, von den deutschen Regierungen, die sich diesem schwierigen Amte opfern mußten, Klarheit verlangt und bei jeder Gelegenheit auf eine klare Ausdrucksweise, die keine Zweideutigkeiten zuließ, gedrängt. Sie selbst bestreben sich aber bei jeder handlungsweise einer Unklarheit, die kaum zu überbieten ist. Ob ein Ausweg aus der Sachlage gefunden wird, ist bei dem jetzigen Stande der Dinge noch nicht ersichtlich.

Englands letzter Versuch.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, Mitte nächster Woche werde eine Sitzung des englischen Kabinetts abgehalten werden, um dann die vom Foreign Office fertigestellten Antwortentwürfe auf die letzten Mitteilungen der Alliierten Englands zu erwägen. Die Antworten würden sich wahrscheinlich in gewissen Punkten voneinander unterscheiden, entsprechend dem verschieden lautenden Inhalt der alliierten Mitteilungen. Vielleicht würden sie aber auch einen Abtats gemeinsam haben, der einen neuen Vorschlag oder neue Vorschläge darstellen würde. Dies würde einen letzten Versuch bedeuten, eine gemeinsame Aktion der Alliierten zu erreichen.

Belgien für weitere Besprechungen.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, die belgischen Minister Theunis und Jaspar seien immer noch der Ansicht, daß trotz der gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten die Besprechungen auf der Grundlage der von Belgien in seiner Antwort auf die britische Note gebrachten Anregungen fortgesetzt werden könnten. Die belgische Regierung sei mit dem Vorschlag, die Dokumente zu veröffentlichen, einverstanden und wünsche, daß dies in vollem Wortlaut und gleichzeitig geschehen soll. Ein Minister habe ihm, dem Berichterstatter, erklärt, es werde sich dann zeigen, daß Belgien verhältnismäßig sei. Es schlage vor, von Deutschland 21 Milliarden zu fordern, nämlich 26 für Frankreich und 5 für Belgien. Großbritannien würde dann zu erklären haben, um wieviel diese Summe auf Grund der britischen Reparationsansprüche und der britischen Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten vermehrt werden soll. Belgien gebe zu, daß eine unparteiische Sachverständigenkommission Deutschlands Zahlungsfähigkeit festlegen soll und erklärt, daß das Ruhrgebiet im Verhältnis zu den Zahlungen geräumt werden würde.

Ueber Italiens Haltung

schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“: Mussolinis Standpunkt, wie er in den letzten Mitteilungen dargelegt worden sei, habe in britischen Kreisen große Verwirrung hervorgerufen. Er sei damit einverstanden, daß Deutschland die Aufgabe des passiven Widerstandes angeraten werde und daß als Gegenleistung die belgisch-französische Be-

setzung unsichtbar gemacht und eine Amnestie gewährt werden soll. Mussolini sei der Ansicht, daß bei einer Regelung der Reparationsfrage sofort die Räumung des Ruhrgebietes durch die Franzosen und Belgier erfolgen sollte. Es begünstige nicht den Gedanken Poincarés der kritisch produktiven Pfänder, sondern die englisch-belgische These, auf allgemeine Hilfsquellen und strenge Sanktionen bei dem Versuch eines neuen Vorzuges zurückzugreifen, und insbesondere sei er der Ansicht, daß solche Maßnahmen nicht schicklich sein dürften. Er sei gegen alles, was nach Ottomantierung schmecke.

Französische Stimmen der Einsicht.

Die in Paris erscheinende französische Zeitung „Journal des Debats“ setzt ihre Bemühungen fort, die französische Regierung zur Inangriffnahme positiver Reparationspläne zu bestimmen. Warum, fragt das Blatt, sollen wir uns nicht sobald wie möglich mit den Belgiern über die Aufstellung eines Planes verständigen, der nach der Einstellung des passiven Widerstandes auf Deutschland Anwendung finden soll? Die Reden Baldwin und Lord Curzon am vergangenen Donnerstag haben gezeigt, daß sie keine bestimmten Pläne besitzen. Wenn wir fähig sind, ein Programm zu liefern und klar anzugeben, was man tun könnte, um eine praktische Lösung des Reparationsproblems zu erreichen, werden wir die beste Aussicht haben, gehört zu werden. Wir werden die Entzweiung retten und eine praktische Diskussion eröffnen.

Auch der französische Genosse Leon Blum schreibt im „Populaire“, daß, wenn Poincaré wollte, er die Reparationsfrage in einer für Frankreich und besonders auch für ihn vorteilhaftesten Art regeln könne. Allerdings hätten zwei Bedingungen erfüllt sein müssen: man hätte der deutschen Regierung die Aufgabe des passiven Widerstandes erleichtern und die Räumung des Ruhrgebietes nicht erst nach erfolgter effektiver Zahlung, sondern bereits nach Schaffung finanzieller ausreichender Garantien in Aussicht stellen sollen. Belgien hätte in diesen Fragen gern vermittelte. Aber Poincaré sei, wie die veröffentlichte Note beweise, nicht gekommen gewesen, nachzugeben. Die ernststen Folgen würden sich bald zeigen. Wie würde der Wechselkurs im Winter stehen, wie teuer würden die eingeführten Rohstoffe dann sein, wie die Gehälter und Löhne? Nach seiner Ansicht könne Deutschland auf lange Zeit so gut wie nichts zahlen. Sofortige Zahlungen seien nur durch internationale Anleihen möglich, die nur durch aktive Teilnahme Amerikas, Englands und sämtlicher Neutralen erzielt werden könnten. Auf eine derartige Mitwirkung sei aber zweifellos nicht zu rechnen. Poincarés Politik erscheine mehr denn je als Politik gegen Europas Einheit, gegen Reparationen und gegen die moralischen Interessen Frankreichs gerichtet.

Aus Tokio meldet Reuter: Die japanische Regierung hat Baron Ganyashi beauftragt, mündlich auf die britische Note zu antworten und die Hoffnung auszusprechen, daß eine freundschaftliche Regelung bezüglich der Differenz erreicht wird, die sich gegenwärtig zwischen den britischen Vorschlägen und den französischen und belgischen Wünschen zeigt. Die Regierung legt dem nächstbeteiligten Mächten nahe, die äußersten Anstrengungen zu unternehmen, um eine Vereinbarung zu erreichen.

Die sozialdemokratischen Forderungen.

Reichstagspräsident Gen. Voegelé sprach am Sonntag in einer sozialdemokratischen Massenkundgebung im Waldtheater Dablin bei Pittau über die politische Lage. Für den Wiederbeginn des Reichstages kündigte er folgende Forderungen der sozialdemokratischen Partei an: Verzicht einer Verständigung mit Frankreich im Verhandlungswege. Zur Ermöglichung dieser Verständigungspolitik müßte in der inneren Politik durchgesetzt werden eine weitgehende Lastenteilung des Besitzes durch 1. eine Einkommensteuer für Unternehmer in derselben Höhe der für Arbeiter und Angestellte zu machenden Lohn- und Gehaltsabzüge, 2. Erfassung mindestens eines Drittels aller Sachwerte zugunsten des Reiches, 3. Verdreifachung aller Besitzsteuern, 4. Erfassung einer Drittels aller Unternehmergewinne zugunsten des Reiches. Durch diese Maßnahmen sei ein Aufkommen von jährlich 25 Goldmilliarden zu erhoffen.

Arbeitslosenunruhen in Dresden.

Nachdem Polizei am Sonnabend am späten Nachmittag einen vom Aktionsausschuß der revolutionären und radikalen Erwerbslosen in der inneren Stadt veranstalteten Demonstration auslöste hatte, kam es in den Abendstunden zu Zusammenstößen mit einem Trupp junger Burichen, der in eine Schankwirtschaft einzudringen versuchte, und mit einem andern, der in drei Cafés eine größere Zahl von Fensterbrüchen eingeworfen hatte. Gegen 11 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt. Zwei Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe und Stockschläge vermisst, acht Demonstranten wurden verhaftet.

Folgen schwere Handgranaten-Explosion in Düsseldorf.

Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, sind dort gestern nachmittag gegen 7 Uhr während der französischen Wachparade durch Explosion von Handgranaten vier französische Soldaten und drei Zivilisten mehr oder weniger schwer verletzt worden. Aus diesem Anlaß hat die Befehlsbehörde den Chef der kommunalen Polizei in Düsseldorf und einen deutschen Zivilisten verhaftet. Außerdem wurde über Düsseldorf der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Weitere Sanktionsmaßnahmen gegen die Stadt Düsseldorf sollen bevorstehen. Nähere Angaben über den Vorfall liegen bisher nicht vor. Die Maßnahmen der Befehlsbehörden lassen indes erkennen, daß die Franzosen eine deutsche Täterschaft vermuten; ob tatsächlich Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Vermutung gegeben sind, ist noch nicht bekannt. Sollte die Untersuchung, an der Deutschland mitzuwirken bereit ist, eine deutsche Täterschaft erweisen, so würde die Reichsregierung dies aufs tiefste beklagen. Sie hat bei den Verhandlungen mit Muntius Pacelli erst vor kurzem zum Ausdruck gebracht, daß sie jede verbrecherische Gewaltanwendung verurteilt, und sie kann diese Verurteilung heute nur mit aller Schärfe wiederholen. Verbrecherische Gewalttakte bringen niemandem Nutzen, schädigen die deutsche Sache und haben nur Bedrückungen zur Folge.

Todesurteile gegen deutsche Schutzpolizisten.

In Hamburg war im Februar im Anschluß an die Erschießung eines deutschen Polizisten durch einen belgischen Soldaten der belgische Leutnant Graff in einem Straßenbahnwagen erschossen worden. Neun Polizisten waren bereits früher als Täter verurteilt worden, darunter vier Angeklagte zum Tode. Später haben sich dann in Stettin drei Polizeibeamte des Nordes bezichtigt. Sie wurden auch in Aachen durch die belgischen Behörden vernommen. Der Vertreter der Anklage erklärte, diese drei Beamte hätten ihre Geständnisse nur gemacht, um ihre verurteilten Kameraden zu retten. Er behauptete, daß Ganze sei nichts als eine Komödie. Die drei Beamten wurden wieder nach dem unbefesteten Gebiet gebracht. Das Gericht hielt die Schuld der ersten Angeklagten erwiesen und verurteilte einen Leutnant und zwei Wachtmeister zum Tode, zwei weitere Angeklagte erhielten je 20 Jahre, einer 15 Jahre Zwangsarbeit. Den Verurteilten wurde eine Frist von 24 Stunden eingeräumt, um an den Oberstkommandierenden der belgischen Besatzungsarmee ein Gnadengesuch einzureichen.

Von deutscher Seite wird dazu amtlich erklärt: Dieser Ausgang der Berufsverhandlung muß aufs höchste überraschen. Bekanntlich hatten, nachdem die Angeklagten auf Grund eines damals schon widerrufenen Geständnisses in erster Instanz verurteilt waren, die sofort nach der Tat ins unbefestete Gebiet geschickten Polizeiwachmeister Rams, Engeler und Schwirrat vor der Staatsanwaltschaft in Stettin die Tat ihrerseits freiwillig eingestanden. Sie haben dieses Geständnis auch als Zeugen vor dem belgischen Gericht, dem sie nach Zustimmung freier Geleits vorgeführt waren, aufrecht erhalten. Eine Reihe von Zeugen hat eidlich bezeugt, daß Rams, Engeler und Schwirrat ihnen die Tat nach in der Nacht ihrer Befreiung eingestanden. Demgegenüber muß die Beweiskraft der von dem Aachener Verurteilten im Anfang der belgischen Untersuchung abgegebenen, später widerrufenen Geständnisse zum mindesten bezweifelt werden. Die Reichsregierung wird nichts unversucht lassen, um eine nochmalige Nachprüfung der Schuldfrage herbeizuführen.

Französische Betriebsübernahme.

General Degoutte hat eine neue Verordnung über Beschlagnahme von Industriewerken herausgegeben. Wenn das Deutsche Reich seine Lieferungen von Brennstoffen nicht ausführe, dann könne die Interalliierte Ingenieurkommission von den Gruben und den angeschlossenen Werken Besitz ergreifen, besaglichen von Rohstoffen und Vorräten. Besteres ist ja schon im reichsten Maße geschehen, neu in dieser Verordnung ist jedoch, daß die beschlagnahmten Werke von der Interalliierten Ingenieurkommission selbst oder von Konzessionären betrieben werden könne. Es scheint, daß die Franzosen auf Grund dieser Verordnung zunächst die Betriebe über Tage, die Kohleerzeugung, in Betrieb zu nehmen wünschen.

Verstärkte Opposition in Polen.

Bei der entscheidenden Abstimmung über das Budget ging die Nationale Arbeiterpartei, wie man schon vorher angenommen hatte, zur Opposition über. Sie erklärte, daß sie auf allgemeine Betrachtungen hin ohne ein detailliertes Programm das Provisorium nicht annehmen könne. Trotzdem wurde das Provisorium mit geringer Stimmenmehrheit in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Danziger Nachrichten.

Danziger Dominik.

Es gab eine Zeit, wo nicht nur Kinder ein Interesse am Dominik hatten, denn er gab vielen Hausfrauen Gelegenheit zu preiswerten Einkäufen. Nicht nur auf Vorgärten, sondern in fast allen Straßen der Niederstadt reichte sich Verkaufsaufstand an Verkaufsaufstand. Besonders Interesse brachten die Hausfrauen den Tolkemitter Töpferwaren entgegen, die auf Marktständen aufgestellt waren. Und da der Krug bekanntlich solange zum Brummen geht, bis er bricht, wurde in jedem Jahre von neuem der Bedarf gedeckt. In großen Scharen strömte die Landbevölkerung nach Danzig, insbesondere nach dem Schaubudenplatz vor dem Olkauer Tor. Der Danziger Dominik hat eine Jahrhunderte alte Tradition, auch unter veränderten Verhältnissen wird der alte Brauch fortgeführt.

Am Sonntag hat der Dominik wieder seinen Anfang genommen. Vor den Schaubuden auf dem Karrenwall wogte eine dichtgedrängte Menschenmenge. Drehorgeln, Geigenklänge, Musikanten, stanzende Musikanten, schmarrende Gluckbräder, Trompetensignale gellten im bunten Durcheinander. Um Aluminumbüchse, Eier, Schokoladen, Gummibälle wurde gedrängt, gewirfelt und geworfen. Triumph in jeder Weise, so gingen die erfolgreichen Glücksspieler über den Platz, eine blinkende Pyramide weißer Töpfe tragend. Die vielen Nietenzieher sah man nicht. Vor der Hand der starken Männer um, blieben die Dominiksummler stehen, um sich gratis und franco das anzusehen, was zu sehen war. Ueber schlechte Geschäfte konnten die Schausteller gestern nicht klagen. Auf Vorgärten reihen sich Verkaufsstände aneinander. Alles in allem, der Danziger Dominik ist das nicht mehr, was er noch vor Jahren war. Er zeigt, daß wir arm geworden sind. Die Verkaufsstuben, die Karussells, die Schaubuden: das ist nicht mehr der alte Prunk, nicht mehr der frühere Glanz. Aber der alte Dominikzauber ist erloschen.

Das Marktgericht in Tätigkeit.

Sonnabend morgen tagte zum ersten Male ein Marktgericht, und zwar in der Städtischen Markthalle zu Danzig. Es wurden 9 Sachen auf Grund der sofort an Ort und Stelle angeordneten Ermittlungen Strafbefehle erlassen, die fast sämtlich durch Verzicht der Betroffenen auf Einspruch sofort rechtskräftig wurden. In den meisten Fällen erfolgte neben der Bestrafung auch Einziehung der Ware. Diese wurde alsbald zu angemessenem Preise an das Publikum verkauft. — Wie wir erfahren, ist in einigen Fällen eine Geldstrafe von einer Million Mark verhängt worden. Im Gegensatz zu anderen Städten werden die Namen der Verurteilten nicht öffentlich bekannt gegeben. Und gerade das hat sich in anderen Städten als heilsam erwiesen. Geldstrafen werden von diesen Leuten leicht verschmerzt.

1 Waggon Zeitungsblätter 350 Millionen Mark.

Durch den Verband der Papierfabriken ist nunmehr der Preis für Zeitungsdruckpapier für den Monat August festgesetzt. Bei Zugrundelegung dieses Preises und unter Berücksichtigung des erhöhten Zolles stellt sich der Preis für einen Waggon Zeitungsdruckpapier für Danzig auf rund 350 Millionen Mark. Das bedeutet für die Zeitungen eine neue schwere Belastung.

Änderung der Zigarettensteuer.

Der Senat schlägt dem Volkstag eine Änderung der Zigarettensteuer vor. Die Steuer soll betragen: für Zigaretten im Kleinverkaufspreise:

über 150 bis 200 Mk. das Stück für 1000 Stück	40 000 Mk.
über 200 bis 500 Mk. das Stück für 1000 Stück	100 000 Mk.
über 500 bis 1000 Mk. das Stück für 1000 Stück	200 000 Mk.
über 1000 bis 1500 Mk. das Stück für 1000 Stück	300 000 Mk.
über 1500 bis 2000 Mk. das Stück für 1000 Stück	400 000 Mk.
über 2000 bis 3000 Mk. das Stück für 1000 Stück	600 000 Mk.
für je weitere 1000 Mk. das Stück für 1000 Stück	weitere 200 000 Mk.

Für Zigarettenpapier in einer Schnittbreite bis 2 Millimeter einschließlich (Feinschnittpapier) im Kleinverkaufspreise:

über 40 000 — 50 000 Mk. für das Kilo 20 000 Mk. für 1 Kilo	
über 50 000 — 70 000 Mk. für das Kilo 25 000 Mk. für 1 Kilo	
über 70 000 — 100 000 Mk. für das Kilo 40 000 Mk. für 1 Kilo	
über 100 000 — 150 000 Mk. für das Kilo 60 000 Mk. für 1 Kilo	
über 150 000 — 200 000 Mk. für das Kilo 80 000 Mk. für 1 Kilo	
für je weitere 50 000 Mk. das Kilo 40 000 Mk. für 1 Kilo.	

Für Zigarettenpapier, Hüllen und Blättchen, mit Ausnahme der zur gewerblichen Verarbeitung bestimmten, für 1000 Stück 3000 Mk.

Als Endtermin für die Nachbesteuerung wird der 15. September vorgeschlagen.

In der Begründung des Gesetzentwurfs wird angeführt, daß er materiell keine Änderung bringe, und an der Besteuerung der Zigaretten von circa 20 Prozent ihres Wertes festhalte. Durch Einführung neuer Steuerstufen werde nur den veränderten Geldverhältnissen Rechnung getragen.

Wöchentliche Festsetzung der Branntweinsteuer.

Die Ermächtigung, die Verbrauchsabgabe wöchentlich entsprechend den jeweiligen Verkaufspreisen, für gereinigten Branntwein zu erhöhen oder herabzusetzen, fordert der Senat in einem dem Volkstag zugewandten Gesetzentwurf. In der Begründung des Gesetzentwurfs wird ausgeführt:

Bei dem heutigen Maße der Selbstwertung genügt eine Anpassung der Steuer an die veränderten Geldverhältnisse von Vierteljahr zu Vierteljahr, wie sie das schmerzlich nötige Branntweinsteuergesetz vorsieht, nicht mehr. Ebenso wie die Ausgaben des Senats, nämlich wie persönliche, sich nach Indikatoren richten, die in immer kürzeren Zeiträumen festgesetzt werden, müssen auch die Steuern des Senats in gleichen Verhältnissen folgen.

Es ist z. B. die am 1. Juli d. J. festgesetzte Branntweinsteuer von 15 000 Mark pro Liter Alkohol, die mit einem Verkaufspreis für gereinigten Branntwein von 15 200 Mk. rechnet, bereits zu einer fast bedeutungslosen Abgabe geworden, nachdem der Verkaufspreis auf 120 000 Mark gestiegen ist. Eine wöchentliche Festsetzung der Branntweinsteuer ist daher dringend geboten.

Der Volkstag tritt am Mittwoch nachmittags 1/4 Uhr zur Erledigung folgender Tagesordnung zusammen: Erste Be-

ratung der Gesetzentwürfe betr. Änderung des Namens des Kreis Großer Werder; betr. Beitritt der Freien Stadt Danzig zu dem Madrider Abkommen über das Verbot fälscher Wertpapiere und Wahlen; zur Abänderung des Grundbesitzsteuergesetzes vom 26. 6. 23; betr. Änderung des Branntweinsteuergesetzes vom 16. November 1922; zur Änderung des Zigarettensteuergesetzes vom 8. März 1923. Ferner dritte Beratung des Entwurfs eines Zulassungsbeschlusses betr. die Ausgabe von Notgeld. Dritte Beratung eines Gesetzentwurfs betr. Änderung des Umsatz- und Zugabesteuergesetzes.

Unfälle auf dem Rummelplatz.

Am Sonnabend abend gegen 9 Uhr kam der Bauarbeiter Hermann Dörmel auf dem Schaubudenplatz am Karrenwall zu Schaden. Bei einer Robelfahrt wurde D. von einem herabfallenden Schlitzen erfaßt und erlitt eine erhebliche Quetschung des linken Bettes. — Am Sonntag abend gegen 17 Uhr ereignete sich ein größerer Unfall. Auf einem in voller Fahrt befindlichen sog. Kettenkarussell mit schwebenden Sigen, das auch zwei Gondeln hatte, brach ein Tragelast ein. Eine der Gondeln, in der acht Personen saßen, stürzte ab. Einige der Abgestürzten erlitten recht erhebliche Kopfverletzungen und Hautabschürfungen. Eine schwangere Frau und zwei Kinder wurden durch den Krankenwagen der Feuerwehr in das städt. Krankenhaus gebracht. Der Zustand der Verletzten soll nicht lebensgefährlich sein.

Die neue Danziger Währung.

Von Johannes Buchholz.

Der Herr Finanzsenator Dr. Volkmann hat in Genuß mit Zustimmung des Senats dem Finanzausschuß des Völkerbundes den Plan einer Währungsreform für Danzig vorgelegt, der dann veröffentlicht ist. Eine Währungsreform und der Gedanke der Einführung einer eigenen Währung für Danzig beschäftigt mich schon seit Jahren, und ich habe meine Vorschläge auch in einer besonderen Denkschrift zur allgemeinen Kenntnis gebracht. So ist es natürlich, daß ich den Volkmannschen Plan mit ganz besonderem Interesse eingehend und vorurteilslos studiert habe. Es sind nicht alle meine Wünsche erfüllt, aber der Volkmannsche Plan erwidert es mir doch, mich ihm anzuschließen und auf dieser gemeinsamen Grundlage mitzuarbeiten. Es ist eine Fülle tief durchdachter selbständiger Gedanken in dem Plan verarbeitet, die der Finanzsenator als Praktiker in Wirklichkeit verstanden will. Es ahmt Höhenluft, wer von dem Volkmannschen Plane aus die Danziger Währungsfrage behandelt. In den Volkstagsverhandlungen im Februar und März d. J. hat sich der Volkstag meinen Ergänzungsvorschlägen zur letzten Genauer Verhandlung am ich auf eine Geldinheit, die sich dem Volkmannschen Gulden fast nähert. Wenn ich nun einige mir wichtig erscheinende praktische Abänderungsvorschläge zum Volkmannschen Plane mache, so bedeuten sie eigentlich nichts anderes, als daß ich dem Herrn Finanzsenator die Erreichung seiner Ziele erleichtern will.

Auf die Währungsanleihe kann Danzig ganz verzichten.

Zunächst will der Finanzsenator Volkmann eine ausländische Anleihe von 500 000 Pfund, gleich 50 Millionen Danziger Gulden, aufnehmen, um damit etwa ein Drittel der Banknoten zu decken. Es wäre eine große Erleichterung, wenn wir auf diese Anleihe ganz verzichten könnten. Wir müssen unseren Kredit im Ausland anspannen, um diese Anleihe zu erhalten, und belasten uns außerdem mit einer großen fruchtlosen Zinslast. Zinsen sind ein arbeitsloses Einkommen, und je mehr die Nachfrage nach Geldkapital verstärkt wird, desto höher steigt der Zinssatz. Ein hoher Zinssatz verhindert alle wirtschaftlichen Unternehmungen, die sich vielleicht nur bei einem um 1 Prozent geringeren Zinssatz rentieren würden. Diese Anleihe können wir nun aber wirklich vermeiden und trotzdem eine Deckung von etwa drei Drittel beschaffen. Es handelt sich hier ja eigentlich um eine zweite Deckung. Das Geld wird im Verkehr nicht deshalb als Zahlungsmittel angenommen, weil man damit zur Notenbank gehen und Metall oder Devisen eintauschen kann, sondern weil man mit ihm jederzeit und überall im ganzen Staate Waren und Dienstleistungen eintauschen kann. Diese Waren in jedem Kaufstunde des Staates und die Dienstleistungen stellen die erste vornehmste und wertvollste Deckung dar. Die zweite Deckung bedeutet eine freiwillige gesetzliche Selbstbeschränkung des Staates in der Verwaltung seines Geldwesens. Diese Selbstbeschränkung kann aber auch in anderer Weise erfolgen, z. B. durch den festen Austauschwillen, nicht mehr und nicht weniger Geld in den Verkehr zu geben — das hat nichts mit den Staatsausgaben und Staatseinnahmen zu tun — als notwendig ist, um die Kaufkraft des Geldes gleichmäßig zu erhalten. Diese zweite Deckung hat auch noch den Zweck, der Gewerwaltung eine größere Geldmacht zu geben. Dies kann aber viel leichter und in folgender Weise geschehen:

Es wird abgelehnt, wieviel Reichsmark sich an dem Tage der Einführung des Danziger Guldens im Gebiet des Freistaats im Verkehr befinden werden. Ein Zuschlag von 10 Prozent zum Nennwert eines Zahlungsmittels wird hinzugefügt und die Gesamtsumme in die Summe der Gulden umgerechnet. In gleicher Weise werden nun soviel Gulden gedruckt, als errechnet wurden. Nach einem bestimmten Organisationsplan werden dann

Die Reichsmark an einem Tage in Gulden umgetauscht.

Am nächsten Tage werden an allen öffentlichen Kassen nur noch die Danziger Gulden zu dem Umtauschrate in Zahlung genommen, und nur Gulden werden ausbezahlt. Die Geldverwaltung erhält für jeden Gulden, den sie in den Verkehr gibt, Reichsmark und später andere Gegenwerte als Gegenleistung. Diese Gegenleistung bildet die zweite Deckung in voller Höhe. Die Deckung hat im ganzen genau die gleiche Kaufkraft, wie im ganzen die in den Verkehr gegebenen Gulden. Für diese zweite Deckung soll die Geldverwaltung umgehend Goldbarren, Devisen usw. nach Danzig kaufen. Wir erhalten viel mehr als die 500 000 Pfund Sterling Anleihe, die samt Zinsen im Freistaat umzuwandeln sind. Das Eigentum des Danziger Volkes, mit dem es noch verfahren kann. Die Währungsreform gehört ausschließlich und unbedingt dem Volke, vertreten durch seine Regierung. Nur diese Regierung hat das Recht, darüber zu bestimmen, in welcher Form die eingetauschten Reichsmarkbeiträge über die Grenze zurückgebracht werden und wie weit sie als Devisen hier verbleiben sollen. Man kann das Eigentum der Reichsmark auch nicht durch andere Devisen oder Metall ersetzen. Man mußte sich ja vorstellen, daß einige Großbanken die ganze errechnete Auflage an Gulden gegen Gold eintauschten. Für die Besitzer der Reichsmark würde dann auch nicht ein Gulden übrig. Sie besäßen nichts als ein geschlechtes Zahlungsmittel im Freistaat. Bei dem

eigentlichen formellen Umtausch müssen also nur die Besitzer von Reichsmark berücksichtigt werden. Dies muß auch noch aus einem weiteren Grunde geschehen.

Die Menge der im Freistaat im Verkehr befindlichen Reichsmark stellt eine bestimmte durch die wirtschaftliche Entwicklung herbeigeführte Kaufkraft dar, ein bestimmtes Verhältnis der Geldmenge zu der Menge der im Freistaat befindlichen Warenmenge und der zur Verfügung stehenden Dienstleistungen. Dieses Verhältnis wird genau aufrecht erhalten, wenn nur diese Reichsmarkmenge nach dem Wechselkurs umgetauscht wird. Tauscht man aber auch ein noch Gold und Devisen ein, so wird die Guldenmenge vermehrt, und wir entwerten unter Geld durch Geldvermehrung. Die Gelddeckung verhindert diese Selbstwertung nicht. Nur würde dieses Gold als Metall aufgekauft werden, sobald es sich ans Tageslicht wagt. Mit Recht ist aber in dem Volkmannschen Plane vorgesehen, daß mit dem Umtausch des Geldes weder eine Geldaufwertung noch eine Geldentwertung verbunden sein soll. Der Gulden soll lediglich einen Guldschein darstellen über so viel Reichsmark, als nach dem Kurse auf einen Gulden entfallen.

Der Umtausch der Reichsmark ist auch noch aus einem weiteren Grunde notwendig. Wenn dies nicht geschehe, dann würde sich die Reichsmark als ungelegentliches Zahlungsmittel im Freistaat noch lange umherbewegen und die Festigkeit des Geldes stören. Die Reichsmark stellt dann eine ungelegentliche und unberechenbare Geldvermehrung und Geldentwertung dar. Die Danziger Währungsverwaltung muß aber die Danziger Währung unbedingt in der Hand haben und beherrschen, sonst würde sie ein Spielball anderer wirtschaftlicher Mächte. Keiner anderen Macht aber darf es erlaubt oder ermöglicht werden, unsere selbstbewusste Währungsverwaltung zu stören oder zu erschüttern. Das ist erreichbar durch eine gute selbstbewusste Währungsverwaltung.

Wird der Gulden aber in dieser Weise durch Umtausch eingeführt, dann besteht gar keine Möglichkeit mehr, eine Währungsanleihe irgendwie zu verwenden. Sie wäre völlig überflüssig und könnte nur sofort wieder zurückgezahlt werden. Brauchen wir nun keine Währungsanleihe, so entgehen wir vielen Schwierigkeiten, zu denen auch die gehört, die Zustimmung Polens zu dieser Anleihe zu erlangen. Der schnellsten Einführung der neuen Währung stünde nichts im Wege, besonders, wenn auch die nachfolgenden Vorschläge angenommen werden.

Die Reichsbank wieder geöffnet. Infolge des Mangels an Zahlungsmitteln hatte die Reichsbank am Sonnabend ihre Schalter geschlossen. Heute sind sie wieder geöffnet, da der am Sonnabend angekündigte Milliardentransport in Danzig eingetroffen ist, allerdings nicht mit dem Flugzeug, sondern wie üblich mit der Eisenbahn. Für Dienstag wird ein neuer Transport erwartet. Den Arbeitgebern, die die fälligen Löhne nicht reiflos auszahlen konnten, ist damit Gelegenheit gegeben, sich Zahlungsmitteln zu beschaffen.

Danzig und das Madrider Abkommen. Am 14. April 1921 ist zu Madrid zwischen mehreren Ländern des Internationalen Verbandes zum Schutze des gewerblichen Eigentums ein Sonderabkommen über das Verbot fälscher Wertpapiere abgeschlossen worden. Das Abkommen hat seine jetzt geltende Fassung in Washington am 2. Juni 1911 erhalten. Die Freie Stadt Danzig ist ihm mit vollen Rechten beigetreten. Am 20. März 1923 abgetreten. Ein dem Volkstag zugewandener Gesetzentwurf bezweckt, dem Beitritt auch innenstaatliche Wirkung zu verleihen. Regener verlangt der Senat die Ermächtigung, die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Vorschriften zu erlassen.

Ein guter Faust. Am 3. August gegen 4 Uhr früh beobachtete ein auf dem Revolutionsgange befindlicher Augwachtmeister der Schutzpolizei einen Mann, der zum Bahnhof ohne und kurz darauf vom Bahnhof mit einer Astenkappe unter dem Arm zurückkam. Der Beamte schöpfe Verdacht, um so mehr, als der Betreffende sich sehr umfah, schließlich die Faust ergriff und hierbei die Faust fortwarf. Bei der Verfolgung wurde der Mann gefasst und die Faust in einem Geschäft am Generalkommando vorgefunden. Der Festgenommenen in der Kellner Paul Danielowski, geboren 8. 8. 98 in Ostpreußen, hier ohne festen Wohnsitz. D. hatte die Faust mit 20 000 000 polnischen Mark einem Herrn, der im Wartesaal 2. Klasse eingeschlafen war, gestohlen. An dem Faust fehlten 8 000 000 Mark, über deren Verbleib der Betreffende die Antwort schuldig blieb. Der übrige Betrag konnte dem Eigentümer, der gerade zurück der Feststellung der Verantwortlichkeit des Täters auf die Bahnhofswache kam und den Diebstahl anzeigen wollte, ausbezahlt werden. D. wurde dem Volkstagsgericht angeklagt.

Erhöhung der Marktkaufgelder. Der am Dienstag zumankommenden Stadtverordnetenversammlung ist eine dringliche Vorlage des Senats ausgegangen, nach der die Stand- und Kellergelder in der Markthalle und die Standgelder auf den Wochenmärkten bedeutend herabgesetzt werden sollen.

Großer Werder. Am 25. Juni sprach sich der Volkstag in einer Entschließung für Umänderung der Bezeichnung „Großer Werder“ in „Großes Werder“ aus. Der Senat hat dieser Entschließung Rechnung getragen und dem Volkstag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.

Standesamt vom 6. August 1923.

Todesfälle: E. des Händlers Artur Schramm, 4 Jg. — Antiquar Joseph Ströhl, 64 J. 4 M. — E. des Eisenbahnbauers Julius Hirsch, 7 Jg. 7 M. — Kaufmann Robert Schramm, 64 J. 4 M. — Invalide Augustin Penzler, 62 J. 4 M. — Witwe Maria Wäsig geb. Gumbert, 81 J. 1 M. — Bureauangestellter Artur Lübbe, 58 J. 10 M. — Eisenbahn-Arbeiter Kurt Spinski, 21 J. 7 M.

Devisenstand

Geldbestand am 12. Uhr mittags

1 Dollar 1500000 Mk.,

Pol.-Mk. 6,50 Mk., 1 engl. Pfd. 6850000 Mk.

Der Betrag an den Arbeits-Invaliden im Freistaat.

Den Invaliden der Arbeit, d. h. den Empfängern von Unfallrenten, haben seit dem 1. Juli d. J. erheblich höhere Beträge aus der Unfallversicherung zu, als sie bisher erhalten haben.

In der 4. Verordnung, die im Einvernehmen mit dem Reichsversicherungsamt im Reichsgesetzblatt für 1923 veröffentlicht ist, wird folgendes bestimmt: Rentenansprüche, die nach dem Gesetz vom 12. 2. 23 angewiesen sind, werden vom 1. Juli ab verhältnismäßig vermindert, werden vom 1. Juli ab verhältnismäßig erhöht, die schon vom 1. 8. 23 an laufend angewiesenen Renten für Mai und Juni als Nachzahlung den vereinbarten Betrag am 1. Juli gezahlt.

Nach der Verordnung 5 wird der für Juli zu zahlende Betrag verdoppelt. Inzwischen ist jedoch schon wieder eine 6. Verordnung erschienen, die bestimmt, daß die oben genannten Renten vom 1. August ab auf das 22fache zu erhöhen sind.

Hiernach würde ein Durchschnitts-Rentenempfänger, der nach dem Gesetz vom 12. 2. 23 für Mai 10 200 Mark bekommen hat, zu erhalten gehabt haben:

Table with 2 columns: Date (Am 1. Juli 1923) and Amount (Verordnung IV und V). Rows show payments for May and June, July, and a total sum of 278 400 Mk.

Am 1. August 1923 Verordnung-VI.

Table with 2 columns: Date (für August) and Amount (Rente). Shows a payment of 432 000 Mk.

Er hat aber nur erhalten:

Table with 2 columns: Date (für Juli 1923) and Amount (33 600 Mk.). Shows a payment of 33 600 Mk.

Table with 2 columns: Date (für August 1923) and Amount (33 600 Mk.). Shows a payment of 33 600 Mk.

Es hätten ihm also am 1. Juli 244 800 Mark, am 1. August 33 600 Mark mehr gezahlt werden müssen, als er tatsächlich empfangen hat. Bemerkenswert ist hier nochmals, daß vorstehende Berechnung nur für einen Durchschnittsrentenempfänger gilt.

Da Renten durch die Postanstalten aber nur in den ersten Tagen des Monats gezahlt werden, dürften diese Rentenempfänger erst frühestens am 1. September in den Genuss dieser Beträge kommen, und es ist nicht auszudenken, in welchem Maße diese Mitbürger in der heutigen Zeit der verunglückten vorwärtschreitenden Leuerung geschädigt werden und welche bittere Not sie müßig sind. Nur ein Heißhunger soll beweisen, daß die Erregung dieser Armen mehr als begründet ist:

Ein Rentenempfänger, der die oben angeführte Rente bezog, hätte am 1. Juli erhalten müssen 278 400 Mk. Er hat erhalten 33 600 Mk. Mithin hat er zu wenig erhalten 244 800 Mk.

Für dieses Geld hätte er am 1. Juli an Markenbrot erhalten können 81 Stück à 3000 Mark. Heute kann er sich nur 10 Stück à 24 000 Mark kaufen. Sein Verlust, in Broten umgerechnet, beträgt daher 71 Stück. Hierzu noch etwas zu bemerken würde die Tatsachen entstellen und das zum Himmel schreiende Unrecht in günstigerer Licht erscheinen lassen.

Wenn man nun aber berücksichtigt, daß in Deutschland diese Beträge an die Rentenempfänger pünktlich am 1. Juli und 1. August gezahlt worden sind, während hier im Freistaat bisher noch keine Anstalten dazu gemacht worden sind, so muß man sich fragen, ob hier überhaupt noch von einer sozialen Wohlfahrtspflege die Rede sein kann oder ob hier nicht mit der Gesundheit und dem Leben der im Dienste des Kapitals verunglückten Menschen Schindluder schmutzlicher Art getrieben wird.

Außerbekämpfung. Die Kaufleute Winter und Gen. waren wegen Kettenhandels mit Gemüsekonserven angeklagt. Sie beriefen sich auf die Marktpreisverordnung und

beantragten ihre Freifreiung. Das Landgericht verurteilte die Sache an das Schöffengericht. Das Schöffengericht hielt eine Marktlage für vorliegend und sprach die Angeklagten frei. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein. Die Berufungskammer verhandelte über die Sache am 31. Juli. Es lagen vier Gutachten vor, zwei von Handelskammer und zwei von Verbraucherseite. Das Gericht hörte nur die beiden Gutachten der Handelsvertreter und lehnte es ab, die beiden entgegengesetzten Gutachten auch zur hören. Das Urteil des Gerichts gina dahin, daß eine Marktlage vorlag und die Angeklagten deshalb freizusprechen seien.

Die Brauereiarbeiter fordern Goldlöhne.

Die in den Brauereien beschäftigten Arbeitnehmer besaßen sich in einer sehr stark besuchten Versammlung bei Herrn in Langfuhr mit den bisherigen Lohnbewegungen. Gewerkschaftssekretär Gen. Müller erbatete den Bericht über die letzten Lohnbewegungen. Die Arbeitnehmer durch den bisherigen Verhandlungsmodus mit ihren Löhnen weit zurückgefallen und führte aus: Es sei sehr wohl verständlich, daß die Kollegen in allen Betrieben unzufrieden sind, da alle Löhne, die vereinbart werden, immer erst zehn Tage später zur Auszahlung gelangen und die Geldentwertung in dieser Zeit rasende Fortschritte gemacht habe. Wenn am letzten Lohnstage 1 400 000 Mark zur Auszahlung gelangten, so wies kein Mensch, was er dafür zuerst kaufen soll, da auch die kleinsten Geschäfte nur nach Preisen verkaufen, die der Goldwährung angepasst sind. Auch die Bereitwilligkeit der Arbeitgeber in allen Betrieben, an jedem Dienstag einen größeren Vorstoß zu zahlen, sei nur ein Palliativmittel, um der rasenden Geldentwertung entgegenzutreten zu können. Eine Abkehr von dem bisherigen Verhandlungsmodus habe sich bisher nicht durchführen lassen, da unmittelbar nach den Lohnverhandlungen die Arbeitgeber mit den Gastwirten über den neuen Bierpreis verhandeln, der gegenwärtig geradezu phantastisch genannt werden muß, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß allein 505 600 Mark Steuer auf den hektoliter Bier laien. Die Folge sei, daß der Bierkonsum stark zurückgegangen ist und mit Eintritt der kalten Jahreszeit mit aller Wahrscheinlichkeit größere Entlassungen zu erwarten seien. Dessen ungeachtet müßten aber die in den Betrieben verbleibenden Arbeitnehmer so entlohnt werden, daß sie auch existieren können. Es sei von der gesamten Arbeiterschaft volkswirtschaftlich unklug, Papierlöhne zu zahlen, mit denen beim Einkauf aller Lebensmittel und Bedarfsartikel nach Goldwährung gezahlt werden muß. Es sei nunmehr an der Zeit, auch unsererseits Goldlöhne zu fordern, ganz gleich, ob durch einen weiteren Rückgang des Bierkonsums 30 oder 40 Kollegen beschäftigungslos werden. Dieser Weg müsse gegangen werden, soll die Existenzfähigkeit der Arbeiterschaft nicht vollständig untergraben werden. Auch die Einführung der neuen Danziger Währung beschleunige die Forderung nach Goldlöhnen und mit Rücksicht auf die Anlehnung an die englische Währung solle er den Kollegen anbieten, 1/10 englische Pfund als vorläufigen Wochenlohn zu fordern und für die Berechnung den Wert am Mittwoch zu nehmen.

Die sehr lebhaft diskutierte Beschlüsse erneuert die große Unzufriedenheit und wurde einstimmig beschlossen, auf die vorige Woche, in welcher der Lohn in der Spitzengruppe nur 1 400 000 Mark betrug, eine Nachzahlung von 1 1/2 Millionen Mark zu fordern, im übrigen aber als Wochenlohn dem Vorschlag der Ortsverwaltung zuzustimmen und 1/10 engl. Pfund zu fordern, obwohl hiermit die Friedenslöhne bei weitem noch nicht erreicht sind, aber als Übergangsmittel von ca. drei Monaten man sich vorläufig zufrieden geben wolle, da allein hierdurch der stetigen Geldentwertung entgegengetreten werden kann.

Balanzlage auf der Danziger Werft und Eisenbahnhauptwerkstätte.

Vom Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Infolge der eingetretenen außerordentlichen Leuerungverhältnisse verbunden mit der Geldknappheit, verstanden die freien Gewerkschaften eine einmalige außerordentliche Zulage, die am Sonnabend seitens der Direktion in folgender Höhe zuerkannt worden ist: Verheiratete Arbeiter erhalten 500 000 Mark, ledige 250 000 Mark, Jugendliche und Lehrlinge 100 000 Mark. Frauen erhalten entsprechende Zulagen.

Diese Summen werden am Dienstag, den 7. August, zur Auszahlung gelangen. Die Arbeiterschaft der Metallindustrie wird ersucht, diese Zulagen überall zu verlangen.

Goldankauf nach dem Dollarkurs. Der Ankauf von Gold für Rechnung des Reiches und von Reichsilbermünzen für Rechnung der Reichsbank wird von 6. d. Mts. ab nur noch durch die Reichsbankankassen — also nicht mehr auch durch Vermittlung der Postanstalten — erfolgen. Beim Ankauf von Gold wird bis auf weiteres ein Preis von 640 Dollar für 1 Kilo fein, der Dollar umgerechnet zu dem jeweiligen zu fest festgesetzten Mittelkurs für Auszahlung Newyork an der Berliner Börse gezahlt. Der sich ergebende Gegenwert wird auf volle tausend Mark nach unten abgerundet. Bei Mengen über 1/2 Kilo sein behält sich das Reichsbankdirektorium, gegebenenfalls durch Vermittlung der Reichsbankankassen in der Provinz die Preisbestimmung vor. Demnach würde für ein Zwanzigmarginalstück mit einem Sollgewicht von 7,168 Gramm fein, bei einem Dollarmittelkurs von 1 100 000 Mark ein Preis von 3 046 000 Mark durch die Reichsbank gezahlt werden; für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Für Reichsilbermünzen wird vom 6. d. Mts. bis auf weiteres seitens der Reichsbankankassen das 500fache des Nennwertes gezahlt.

Filmchau.

Lichtbildtheater am Langenmarkt. Der amerikanische Gesellschaftsfilm „Das Brandmal der Liebe“ behandelt die Geschichte und das Martyrium einer Frau. Handlung und Darstellung zeigen eine hohe Reife in der Wiedergabe natürlicher Vorgänge, die sonst amerikanischen Erzeugnissen nicht eigen ist. Derliche Winterlandschaften umrahmen das Ganze. Das größte Stück der Welt bringt den Ausbruch einer Welle, ein verträgliches Theaterunternehmen durch raffinierte Reklame zu allem Glanz zu verhelfen. Die Mimikura Carl de Vogts und Kläre Kottas sowie die Regie von Arthur Günzburg verbürgen trotz mancher Unwahrscheinlichkeiten den Erfolg des Stückes.

Odeon- und Odeontheater. Auch der diesmalige Spielplan bringt wieder eine der nie fehlenden Kriminal-Dramen: „Der indische Löwe“. Aber angenehm-enttäuschend wird man durch den historischen Romanentwurf „Die Epithelkuppeln von Valencienne“. Der Sinn und Inhalt des Stückes, das in der französischen Aristokratie spielt, könnte auch jedem „modernen“ Film Stoff bieten. Was aber den Film interessant macht, sind die vorzüglichste Regie, die historischen Trachten und der Einblick in das Leben und Treiben der Aristokratie. — Ein Lustspiel „Gott als Bühnenfeld“ vervollständigt das Programm.

Kleine Nachrichten.

Streik in der Berliner Hoch- und Untergrundbahn. Das Personal der Berliner Hoch- und Untergrundbahn hat wegen Lohnfreizügigkeiten die Arbeit niedergelegt. Der Streik der Hoch- und Untergrundbahn ist daraufhin stillgelegt worden. Das Personal hatte einen Vorstoß von 600 000 Mark verlangt. Die Direktion hatte die Vorstoßzahlung grundsätzlich zugestimmt. Die Höhe des Vorstoßes sollte jedoch erst bei den Lohnverhandlungen festgesetzt werden.

Der weiße Tod. Im Jungfrauenloch harrten drei sibirische Touristen ab. Es handelt sich um eine Dame und zwei Herren aus Wien, die in Grindelwald in Ferien weilten. Einzelheiten über den Unglücksfall fehlen noch.

Massenerkrankungen durch Pferdefleisch. In Garmisch sind etwa 100 Personen unter merkwürdigen Erscheinungen erkrankt. Man vermutet, daß der Genuss von Pferdefleisch die Ursache ist. In der Stadt herrscht große Beunruhigung, doch sind die Erkrankungen zumeist leichterer Natur. Eine bakteriologische Untersuchung des betreffenden Fleisches ist angeordnet worden.

Verantwortlich: für Politik i. B. Fritz Weber, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil L. S. Franz Adomat, für Inserate Anton Pöfen, sämtlich in Danzig. Druck u. Verlag von J. G. G. & Co., Danzig.

Gedania-Theater. Schüsselbamm 53/55. Achtung! Heute! Achtung! 2 Erstaufführungen! „Der Wirbelwind“ Gewaltiger amerikanischer Sensations-Film 5 Episoden zu je 6 Akten. II. Episode: „In den Schluchten des Connecticut“ 6 große äußerst spannende u. sensationelle Akte. Hauptdarsteller: Charles Hutchinson (dessen tolle Motorradfahrten ihm den Beinamen „Der Wirbelwind“ gegeben haben) Edith Thornton. Ferner: „Wanata, das Indianermädchen“ Erlebnis aus den Schneefeldern Alaskas in 5 großen inhaltsreichen Akten. In den Hauptrollen: May Ahlson, Harry Lockwood. Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Fahrräder! Neue und gebrauchte Damen- und Herrenfahräder, nur beste Fabrikate, in großer Auswahl. Mäntel, Schläuche, Sättel, Lenker, Gabeln, Ketten, Pedale, Laternen, Lichtdynamos, sowie sämtliche Ersatzteile verkaufte noch preiswert. Reparaturwerkstätte mit elektrischem Kraftbetrieb. Danziger Fahrradvertrieb Max Willer, 1. Damm 14.

Welt und Wissen. Heft 5, 6 u. 7 erschienen. Buchhandlung „Volkswacht“ Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Segelboot 4 1/2 m. Kajüte, Musikspiel, leichtfertig zu verkaufen. Offerten unt. 1837 an die Exped. d. Volksstimme. (f) Weiße Spangenschuhe Nr. 37, zu verkaufen. (f) Scharfzig. St. Gelsgasse 59. 3 Tr. Sportliegewagen ohne Verdeck, zu verkaufen. Stützwinkele 11b, 2 Tr. Zusammenklappbarer Sinderportwagen zu verkaufen. Anfragen unt. E. 1628 an die Exped. der Volksstimme. (f) Gute Oberholzlegetische verkauft. Burkowski, Sogelsberg. (f) am russischen Grab. Güter Reppinischer unvollständiger billig zu verkaufen. Makowski, Kommandant 7. Eingang Dr. Manning, am Tor. (f) Ein gut erhaltener Dam.-Wintermantel zu kaufen gesucht. Offert. unt. E. 1632 an d. Exped. der Volksstimme. (f) Hobelbank zu kaufen gesucht. Angeb. unt. E. 1625 an d. Exped. der Volksstimme. (f) St. Jahren, Umzüge macht. Katergasse 21. 3 Trepp. u. Hut. Adlers Brauhaus 6, Raden. (f) Laufbursche möglichst sofort gesucht. nach Pomm. landm. Hauptgen. Kaffee, Markt 20. 39. jährl. Mädchen für leichte Hausarbeit gesucht. Beschäftigung zwischen 5-6 Uhr. (f) Krause, Stadtgrab 15, 1. Aufwärterin kann sich melden. (f) Finkenmarkt 50, 2 Tr. Wohnungsaufst. 2 Zimmer, Küche, Speisekammer, Entree, alles hell, gegen 3 oder 4 Zimmer bei entsprech. Vergütung. Brommund, (f) Radm 19a. (f) Kleiner Laden nahe Breitgasse, 1. Etage, Angeb. unt. E. 1633 an die Exped. d. Volksstimme. (f) Zimmer im Zentrum, für Büro u. Lager gesucht. Angeb. unt. E. 1628 an d. Exped. der Volksstimme. (f) Al. möbl. Zimmer zu mieten gesucht. Angeb. unt. E. 1626 an d. Exped. der Volksstimme. (f) Sauberes einfaches Zimmer sofort gesucht. Angeb. unt. E. 1627 an die Exped. der Volksstimme. (f) Ein Stück Garten oder Ackerland (entl. mit Lande wird zu pacht od. kaufen gef. Dr. u. Brauhaus 6, Raden. (f) E. 1636 a. d. Exped. d. Volksst.

Die höchstzahlende Goldankaufsstelle im Freistaat Danzig. Kommen Sie zu mir zuletzt und überzeugen Sie sich über meine Preise. Brillanten zahle ich sehr hohe Liebhaber-Preise. Zahngebisse erreichen Werte bis zu 10 Millionen Mark. Kein Zahn unter 100 000 Mark, auch gebroch. Platin, Gold- u. Silberbruch, Uhren, Ketten, Ringe, Bastecke, Löffel, Münzen, Schmucksachen und Double. Ich habe ich weit über Tagelohn und Honorar zu jeder Konkurrenz. 20 M. Gold 400 000 M. 1 M. Silber 70 000 M. Eingang nur 5 Pfefferstadt 5, I. Etag. 1 Minute vom Bahnhof. en gros. B. Papier. en detail. Bitte anzuwenden, um die Zusammenkunft nicht zu verwechseln.

Drucksachen für behördlichen und privaten Bedarf. Massenaufgaben in Rotationsdruck. Moderne Plakate in kürzester Frist. Buchdruckerei J. Gehl & Co. („Danziger Volksstimme“) Danzig, Am Spendhaus 6.

